



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

2/XL/112 - 16. Mai 1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 216 31-33
Fernschreiber 0 806 890

Hinweise auf den Inhalt:

Altersrentenneuordnung und Wehrpflichtgesetz	S. 1
Bericht aus Pakistan	S. 3
Das Programm von Bikini	S. 5
Franz Meyers - Mann der optischen Erfolge	S. 7
Seltsamer Waffenempfang	S. 9

Soziale Säumigkeit - militärische Drängelei

FB. Die Bundesregierung hat bis heute den Schock noch nicht überwunden, der eintrat, als die sozialdemokratische Bundestagsfraktion als erste einen Gesetzentwurf zur Neuordnung der Altersrenten vorlegen konnte. Alle Versuche, durch Veröffentlichung eines unfertigen "Grundentwurfes" verlorenes Terrain zurückzugewinnen, scheiterten, einfach, weil die Bundesregierung es bis heute nicht vermochte, einen parlamentsreifen Gesetzentwurf zu verabschieden.

Als im Ältestenrat des Bundestages über die Terminierung der ersten Beratung des sozialdemokratischen Gesetzentwurfes gesprochen wurde, wollte die Regierung zunächst die Beratung mit dem Hinweis verhindern, sie werde schon am 9. Mai 1956 ihren Gesetzentwurf verabschieden. Einen Tag später, als im Bundestag zum sozialdemokratischen Gesetzentwurf gesprochen werden musste, war dieser Termin allerdings schon wieder überholt. Im Auftrage der Bundesregierung hat der Bundesarbeitsminister wörtlich erklärt:

"Am 16. Mai 1956 wird der Entwurf im Bundeskabinett verabschiedet."

Diese Ankündigung des Ministers wurde von Sprecher der Koalitionsparteien, dem CDU-Abgeordneten Horn, wie folgt kommentiert:

"Die Regierungsparteien erwarten, dass die von der Bundesregierung hier soeben gegebene Zusage eingehalten wird."

Es spielt keine Rolle, dass die Kabinettsitzung, die für den 16. Mai 1956 anberaumt war, auf den 15. Mai 1956 vorverlegt worden

ist. Auf der Tagesordnung stand wieder die Sozialreform, ein Kabinettsbeschluss kam nicht zustande. Die Bundesregierung hat so ein weiteres Mal feierlich gegebene Versprechen gebrochen, und sozialpolitisch erneut versagt. Wenn jetzt die Verabschiedung in der Woche nach Pfingsten versprochen wird, dann darf die Bundesregierung sich nicht wundern, wenn man dieser Ankündigung wenig Glauben schenkt.

Man wird es der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion nicht verübeln dürfen, wenn sie nun ihrerseits nach der Pfingstpause mit aller Macht darauf drängen wird, dass ihr bereits im Ausschuss liegender Gesetzentwurf unverzüglich beraten wird und dass es nicht angängig ist, zu warten, bis die Bundesregierung sich eines Tages doch bequemen sollte ihren Gesetzentwurf zu verabschieden.

In einem deutlichen Gegensatz zu dieser Säukigkeit steht die Drängerei der Koalition, das Wehrpflichtgesetz noch vor dem Beginn der Sommerpause im Parlament zu verabschieden. Dem Deutschen Bundestag stehen bis zur Sommerpause noch rund 5 Arbeitswochen und im günstigsten Falle 11 Plenarsitzungen zur Verfügung. Auf der anderen Seite ist das Programm, das erledigt werden muss, sehr umfangreich: Der Haushalt muss in zweiter und dritter Lesung verabschiedet werden, die Grosse Anfrage zum Reichskontordat steht ebenso auf der Tagesordnung wie die Grosse Anfrage aller Fraktionen über die Entwicklung in der sowjetischen Besatzungszone. Mit Sicherheit findet vor der Sommerpause noch eine ausserpolitische Debatte statt, das Thema Kohlenwirtschaft muss ebenso behandelt werden wie die Lebensmittelreise. Hinzu kommt ein ganzer Schwung von Gesetzen, die in erster Lesung behandelt werden sollen.

Diese ganze Drängerei erinnert auffällig an die entsprechende Situation vor einem Jahr. Damals sollte auf Wegen oder Brechen und unter Zuhilfenahme von Sonntagsitzungen das Freiwilligengesetz noch vor der Sommerpause verabschiedet werden, danach fuhren die Koalitionsabgeordneten befriedigt in die Ferien, das Gesetz aber blieb liegen, tatsächlich hat es sich erst im Oktober-November ausgewirkt. Aber daraus hat man nichts gelernt, wieder einmal will man an falschen Objekt und zur unrichtigen Zeit "demonstrieren". Diese Demonstration zeigt im Grunde nur, dass man für die Militärgesetze alles und für die Sozialreform herzlich wenig tut.

In diesen Tagen wird der Wirtschaftsminister von Pakistan in der Bundesrepublik erwartet. Der folgende Bericht unseres ständigen Mitarbeiters in New York beruht auf frischen Eindrücken aus einer eben beendeten Reise durch Indien und Pakistan.

So Millionen zwischen Tradition und Zukunft

O.L., Karachi, Mitte Mai

Kommt man aus Indien nach Pakistan, dann ist man sowohl über Ähnlichkeit wie Verschiedenheit zwischen den beiden Nachbarländern überrascht, die aus derselben Einheit - der ehemaligen englischen Kolonie -, aus derselben geschichtlichen Tradition stammen: in Pakistan wie den angrenzenden Teilen Indiens wird dieselbe Sprache gesprochen und vieles an dem äusseren Bild der Städte und Dörfer, vor allem die furchtbare Armut und das oft unbeschreibliche Elend sind traurige Gemeinsamkeiten.

Und doch - ebensovieles ist grundverschieden. Die verschleierte Frauen auf den Strassen von Karachi sind das äussere Zeichen des Vorherrschens einer anderen Religion - ja der Vorherrschaft der Religion überhaupt. Es war ein Zufall, dass ich gerade während des Fastenmonats der Moslem-Welt - Ramzan heisst er hier in Pakistan - das Land besuchte. Ein verhältnismässig grosser Teil der Bevölkerung hält dieses religiöse Fasten ein, das einen vollen Monat währt, obwohl das tägliche Leben, die Arbeit, das gesamte öffentliche Leben und die Wirtschaft dadurch sehr nachhaltig beeinflusst werden. Von Sonnenaufgang - etwa 4 Uhr früh - bis Sonnenuntergang darf nicht gegessen werden. Die Moslem müssen also nach drei Uhr früh aufstehen, um eine Mahlzeit zu sich zu nehmen, die für einige Stunden Kraft gibt - darnach gibt es keinen Bissen bis nach sieben Uhr abends. In der Regel beginnt man mit der Arbeit etwas früher als sonst und hört dann um zwei Uhr nachmittags auf, um den Fastenden Ruhe zu gönnen.

Getrennte Einheit

Die Religion ist das gemeinsame Band, das den Staat Pakistan umschliesst und zu einer Einheit gestaltet. Keine nationale Revolution, kein nationaler Befreiungskampf, wie in Indien, sind die Grundlage der neuen Staatsgründung. Es waren im wesentlichen die Moslem-Gebiete Indiens, die zu Pakistan zusammengeschlossen wurden - wobei das Wort "zusammengeschlossen" irreführend wirkt. Denn Pakistan besteht aus zwei voneinander völlig getrennten Gebieten, die an der nächsten Stelle etwa 1,600 Kilometer voneinander entfernt sind, dazwischen liegt indisches Territorium.

Die beiden Teile Pakistans, die zu einem gemeinsamen Staatsgebilde zusammengeschlossen wurden, sind nicht nur geographisch voneinander entfernt. West-Pakistan mit der Hauptstadt Karachi und den wenigen wirtschaftlichen, insbesondere industriellen Reserven, hat etwa 35 Millionen Einwohner, Ost-Pakistan - auf dem halben Territorium - etwa 45 Millionen. Trotzdem liegt die politische und wirtschaftliche Führung bei West-Pakistan und seiner vorherrschenden Grossgrundbesitzerklasse. Die Schwierigkeiten, die zwischen den beiden Sektoren des unzusammenhängenden Landes bestehen, sollen durch eine kürzlich - 4 -

beschlossene Kompromiss-Verfassung, die jedem der beiden Teile die gleiche Vertretung in einem zu wählenden Parlament gibt, überbrückt werden. Diese neue Verfassung wird es erst ermöglichen, allgemeine Wahlen abzuhalten. Bisher hat es in Pakistan nämlich keine allgemeine Wahlen gegeben und das, was es an Ansätzen zur Demokratie gibt, war bisher auf lokale Wahlen beschränkt.

Kernproblem Agrar-Reform

In Ost-Pakistan gibt es eine Mehrzahl von Parteien, die im wesentlichen lokale Cliquen sind, die sich zu Koalitionen verbünden. In West-Pakistan gibt es nur eine einzige politisch wirksame Organisation, die alte Moslem-Liga, die schon in britischen Zeiten bestand. Die wichtigste wirtschaftliche und politische Kraft, insbesondere in West-Pakistan, sind die feudalen Grossgrundbesitzer, die ihre Macht nicht abgeben wollen und bisher jede Agrar-Reform, ja auch jeden Versuch, zu einer wirklichen Verbesserung der hungernden Dorfbewohner zu vereiteln verstanden. Ich hatte Gelegenheit, einige Dörfer, etwa neunzig Kilometer von der Hauptstadt Karachi entfernt, zu besuchen. Sie lagen in der Nachbarschaft einer kleinen Stadt, Thatta. Die Menschen leben in kleinen Lehnhütten. Auf einem Raum der zehn Schritte in der Länge und fünf in der Breite umfasst, schlafen zehn Menschen. Wir sahen einige der Felder, die von diesen Menschen bearbeitet werden. Und wir fragten, als wir uns der kleinen Stadt näherten, was die Menschen in der Stadt mit einem lebhafter Marktleben für ihren Lebensunterhalt täten? Dem Menschen in der Stadt gehört der Grund, den die Bewohner der Dörfer bearbeiten, war die Antwort. Sie müssen ihnen die Hälfte ihrer Produkte als Pachtzins abliefern, davon zahlen die Eigentümer die Steuer für die Bauern...

Das waren aber wohl noch bescheidene Grundbesitzer. In West-Pakistan gibt es nicht wenige, die Zehntausende Acres (1 Acres = 0,4047 ha) besitzen, manche, deren Besitz in die Hunderttausende geht. Alle Versuche, dem Feudalismus in Pakistan an den Leib zu rücken, haben sich bisher als vergeblich erwiesen. Die Grossgrundbesitzer stellen eine solche wirtschaftliche (und infolge der Geldzuwendungen an Moslem-Liga und politische Organisationen) auch politische Macht dar, dass alle Versuche einer Landverteilung oder der Festsetzung einer Höchstgrenze für Landbesitz, gescheitert sind.

Der gegenwärtige Ministerpräsident von Pakistan, Dr. Mchanad Ali, der beste, den Pakistan bisher hatte, und der aus der von den Engländern hinterlassenen ausgezeichneten Beamtenskorps stammt, ist ein ernster Gegner des Feudalismus und um eine Agrarreform bemüht. Er ist aber in einem ernster Kampf mit dem Apparat der Moslem-Liga verwickelt, in dem er sich bisher nicht als der Stärkere erwiesen hat. Ob er sich selbst zum Führer der Moslem-Liga, deren Präsidentschaft er vor einigen Monaten unvorsichtigerweise aufgab, machen wird? Viele bezweifeln es, denn der Kampf geht in Wirklichkeit um die Agrar-Reform, die bisher ebensowenig wie die allgemeinen Wahlen geglückt sind.

Der Weg weist nach Westen

Und doch sieht Pakistan seine Zukunft nur darin, dass es ein "westlicher" Staat ist. Nicht nur die amerikanische Wirtschafts- und Waffenhilfe, nicht nur die Anlehnung an alle jene Länder, die Pakistan moralische und andere Hilfe gegen Indien, den ungleich grösseren Bruder,

insbesondere im Streit um Kaschnir, geben könnten, nicht nur die durchaus nicht freundliche Nachbarschaft der Sowjetunion, sondern auch die Bemühungen um einen positiven Ausblick aus der unerfreulichen Vergangenheit auf eine bessere Zukunft machen es zu einer gebieterischen Notwendigkeit für Pakistan, ein moderner Staat zu werden. Darin liegt aber auch seine ganze Problematik.

Der Feudalismus auf der einen, die durchaus nicht moderne, auf dem Koran aufgebaute Religion, die seit 1278 dem Eindringen der Moguls, keine Erneuerung, ja auch keine neue philosophische Interpretation erfahren hat, macht den Pakistanern, so sehr sie sich um den Westen bemühen, eine Annäherung an ihn ausserordentlich schwer. Darin liegt das Problem Pakistans, das durch die nationale Revolution, der Inder zu einer selbständigen Existenz kam und ihr nun einen Sinn geben muss.

+ + +

Ob die Bombe fällt ?

K.K. Fünfmal ist die grosse neue Bombe von Bikini abgesagt worden. Fünfmal hiess es, die Winde seien nicht günstig. Das Atomzeitalter scheint mit dem Zeitalter der Karavellen und der Dreimaster mehr gemeinsam zu haben, als wir bisher für möglich hielten. Es braucht den richtigen Wind.

Oder haben die Nachrichten von dem neuen radioaktiven Regen, der über Japan fiel, Bedenken ausgelöst ? Hat sich Dulles auf ein Wort besonnen, das er Ende November 1955 sprach: "Wir beschäftigen uns seit Monaten mit der Frage, ob wir nicht am besten Schluss machen mit der Bombenwerferei zu Versuchszwecken...?"

Wenn es richtig ist, was in aller Welt vermutet wurde, dass nämlich die neue Wasserstoffbombe den Zweck hatte, den amerikanischen Repräsentantenhaus zu imponieren und es neuen Dollar-Bewilligungen geneigt zu machen, so könnte die Explosion endgültig abgesagt werden. Denn das Haus hat den neuen Militäretat, ohne das Schauspiel von Bikini abgewartet zu haben, bereits bewilligt, und dies mit demonstrativer Einstimmigkeit. (Es handelt sich um die Kleinigkeit von 35 Mrd. Dollar, etwa das Fünffache des Gesamthaushalts der Bundesrepublik).

1 Liter Wasser, 10 000 t Kohle

Aber ganz sicher war das nicht der einzige Zweck des Programms von Bikini. Die Bombe sollte auch den Sowjets imponieren. Sie sollte wohl vor allem zusammen mit den kleineren Explosionen des Programms

der weiteren Erforschung der Dinge um das Wasserstoffatom dienen. Diese kleineren Explosionen sind bezeichnenderweise nicht abgesagt worden !

Es geht darum, den Prozess nachzuahmen, der ständig auf der Sonne vor sich geht: Wasserstoff wird in Helium verwandelt und dabei entsteht eine ungeheure Energie, die Sonnen-Energie.

Das Problem, so etwa sagte es vor einem halben Jahr ein junger Gelehrter, ist schon gelöst und zwar in Form der sogenannten Wasserstoffbombe. Aber wir haben noch kein Mittel, diese plötzliche Explosion zu steuern, sie so langsam ablaufen zu lassen, dass wir wirtschaftlich von riesigen Energiemengen Nutzen haben. Wenn es so weit sein wird, dann können wir aus dem Wasserstoff, der in einem Liter Wasser steckt, die Energie herausholen, die in 10 000 t Kohle steckt.

Der sowjetische Atomforscher Kurtschatow, der zusammen mit Chruschtschow und Bulganin in London war, hat seinen britischen Kollegen das Gruseln beigebracht, als er dort in fröhlicher Offenheit über Wasserstoffprobleme plauderte. Bei den Briten ist das alles streng geheim, bei den Amerikanern nicht weniger.

Höhere Mathematik und kleines Einmaleins

Die Zukunft hat also schon begonnen. Seit 1942 werden in der Welt Atom-Meiler aufgestellt. Die Weltmächte richten sich auf das neue Zeitalter ein. Dollar-Milliarden, Pfund-Milliarden, Rubel-Milliarden gehen in die Investierung hinein. Jede Hauptstadt schreit nach ihrem eigenen Reaktor. Es gibt ein rundes Dutzend verschiedener Reaktoren-Typen. Die Verfeinerung, die Spezialisierung ist bereits im Gange. Aber das alles wird altes Eisen, wenn das da ist, was heute gesucht wird: die industrielle Auswertung der neuen Energie.

Und die Bundesrepublik ? Wenn die Dinge um das Wasserstoffatom eine Art höherer Mathematik daretellen, dann ist das, was wir Deutsche im Augenblick treiben oder zu treiben uns anschicken, das kleine Einmaleins. Die Fibeln und die Rechenbücher sind noch nicht gedruckt. Wir streiten uns, ob die Fibeln Eigentum des Schülers oder der Schule sein sollen.

Auf Bikini aber - ob die grosse Bombe noch fällt oder ob sie endgültig abgesagt wird - vollzieht sich wahrscheinlich schon der Übergang von der ersten Epoche des Atomzeitalters zur nächsten.

16.5.1956

Sehr wahrscheinlich wird am Mittwoch Dr. Franz Meyers als neues Mitglied in den geschäftsführenden Vorstand der CDU gewählt werden. Er wurde auch nach dem Rücktritt des Kabinetts Arnold als der Mann genannt, der neben Dr. Lenz und Dr. Barth den Wahlkampf seiner Partei organisatorisch leiten soll. Auf der Bundesebene war er bisher weniger bekannt.

Vom Staatsminister zum Vorstandsmitglied der CDU

Aus Düsseldorf wird uns geschrieben:

Schon lange gilt der 1908 in Mönchen-Gladbach als Sohn eines Polizeibeamten geborene Franz Meyers in einflussreichen CDU-Kreisen, besonders Nordrhein-Westfalens, als einer der kommenden Männer auf Bundesebene. Vielleicht hat er jetzt mit seiner Wahl in den Bundesvorstand den ersten wichtigen Schritt auf diesem zweiten Abschnitt seiner politischen Laufbahn gemacht. Aber es scheint doch, als ob die grosse Wertschätzung, die er beim Kanzler genießt und eine gewisse rheinisch gefärbte Betriebsamkeit, die ihm als besondere Tüchtigkeit gutgeschrieben wird, ihn über Gebühr bedeutsam erscheinen lassen. Eine Nachprüfung seiner Tätigkeit als Innenminister im zweiten Kabinett Arnolds hält so hoher fachlicher Bewertung kaum stand.

Bald nach seinem Amtsantritt stürzte sich Meyers auf die von Ministerpräsident Arnold angekündigte Verwaltungsreform. Viele Tausende aufgehobene Erlasse bildeten die stolze Bilanz seiner Tätigkeit bis 1955. Dass sich unter ihnen zahlreiche längst erledigte Fossilien, etwa über das Tragen des Abzeichens der NSDAP im Dienst, über die Unterbringung alter Kämpfer der NSDAP und dergl. befanden, störte ihn wenig. Für ihn stand vor allem der optische Erfolg im Vordergrund der Überlegung, wie in so vielen anderen Fällen auch.

Im Bundesrat trat Dr. Meyers als Kämpfer gegen den Perfektionismus der Bundesministerien auf. Sein erstes Opfer wurde - eine "Speiseeis-Verordnung" der Bundesregierung. Meyers beanstandete, dass der Entwurf nicht lebensnah sei, in Eissalons und Eisdielen gäbe es weder Kunstspeiseeis, Früchtspeiseeis, Milchspeiseeis, Vanilleeis und dergl. Der Erfolg war auf seiner Seite. Der Bundesrat lehnte den Entwurf ab. Erst einige Monate später musste sein Parteifreund, Bundesminister Dr. Schröder, im Bundestag feststellen, dass Dr. Meyers' Vorgehen doch ein sehr billiges Manöver gewesen war. Verordnungen könnten nämlich aus rechtstechnischen Gründen nicht die häufig wechselnden Handelsbezeichnungen (Tutti-Frutti) verwenden, sie müssten sich vielmehr an die konstanten Nahrungsmittelchemischen Begriffe halten. Nun, das alles war nicht welt-

bewegend, wohl aber bezeichnend für Dr. Meyers.

Das Auftauchen der sogenannten "Autokahn-Räuber" gab ihm dann einen weiteren willkommenen Anlass, in der Öffentlichkeit seinen Schneid zu beweisen. Ein scharfer Schiessbefehl an die Polizei und eine Rundfunkansprache an die Bevölkerung steigerten seine Popularität. "Revolver-Meyers" schien dem besorgten Bürger die beste Gewähr für Sicherheit und Ordnung zu bieten. Dass Artikel 2 Abs. 2 des Grundgesetzes für Eingriffe in die körperliche Unversehrtheit, also auch für polizeilichen Waffengebrauch, eine Ermächtigung durch förmliches Gesetz vorschreibt, interessierte den Verfassungsminister des Landes wenig. Er stützte sein Vorgehen auf einen Erlass von 1950 - also eine von ihm selbst jederzeit zu ändernde Grundlage! - Die Autobahnräuber wurden zwar nicht gefasst, jedoch blieben einige harmlose Passanten erschossen oder verwundet auf der Strecke.

In einem anderen Fall gab ihm eine geplante friedliche Demonstration der Gewerkschaft der Polizeibeamten für eine bessere Besoldung und Versorgung, die in Köln stattfinden sollte, Veranlassung, die Kundgebung wegen angeblicher Gefahren für die öffentliche Ruhe, Sicherheit und Ordnung zu verbieten, ein merkwürdiger Beweis für das Vertrauen, das der Polizei- und Beamtensminister in seine Polizeibeamter setzte. Der so erzielte optische Erfolg wurde jedoch dadurch erheblich beeinträchtigt, dass das Landesverwaltungsgericht das Verbot des Verfassungsministers Dr. Meyers als verfassungswidrig aufhob... Dass Meyers für Gewerkschaften und Betriebsräte an sich nicht viel übrig hat, zeigte seine Bemerkung zu den Betriebsratsmitgliedern seines eigenen Hauses, die bei ihm wegen des schlechten Betriebsklimas im Innenministerium vorstellig geworden waren. Meyers sagte ihnen wörtlich: "Ich pfeife auf Ihr Betriebsklima und stelle mich voll und ganz hinter meinen Staatssekretär".

Sein letztes Glanzstück in Nordrhein-Westfalen bildete der bekannte Plan zur Verminderung der Regierungsbezirke des Landes von sechs auf drei. Die Optik dieses Planes wirkte bestechend - seine Konsequenzen sind es weit weniger. Die Westfälischen Nachrichten (CDU) nannten den Meyers-Plan eine "Reißbrett-Lösung". Zur Erleichterung aller Sach- und Fachkundigen ist dieser Plan durch den erzwungenen Rücktritt des Kabinetts Arnold einstweilen zu Wasser geworden.

16.5.1956

Stimmt das, Herr Euler?

sp. Die "Frankfurter Rundschau" berichtet in ihrer Ausgabe vom 16. Mai über grosse Geldzuwendungen der "Fördergesellschaft der hessischen Wirtschaft" an Abg. Euler, dem ehemaligen und aus der FDP ausgeschlossenen Vorsitzenden des FDP-Landesverbandes Hessen. Nicht nur die einheimische Wirtschaft habe sich freigiebig gezeigt, sondern auch gewisse Kreise des Auslands. So sei ihr vom Ausland "im Interesse der Stabilität der Bundesrepublik" im Jahre 1953 fast eine Million DM zugeflossen.

Es ist schon schlimm genug, wenn, wie es in Düsseldorf geschah, versucht wird, mit sechsteiligen Beträgen Abgeordnete zu bestechen. Was hat Herrn Euler bewogen - falls die schwerwiegende Behauptung der "Frankfurter Rundschau" zutrifft - finanzielle Unterstützungen auch vom Ausland anzunehmen? Etwa seine geradezu manische Abneigung gegen die Opposition oder seine Kanzlertreue? Herr Euler sollte, müsste man im Interesse der Sauberkeit unseres öffentlichen Lebens annehmen, allen Anlass haben, sich dazu zu äussern.

* * *

Die NATO-Sprache

-tt- Als Generalleutnant Heusinger, von seinen amerikanischen Militärkollegen zu seinem grossen Erstaunen mit Händeklatschen begrüsst, am Dienstag auf dem Columbuskai in Bremerhaven seine Dankrede für die erste wirklich grössere Waffengeschenklieferung aus den USA sozusagen "von Stapel liess", sprach er zum noch grösseren Erstaunen der deutschen "Festakt"-Teilnehmer englisch. Irgendein Major aus Heusingers Bundeswehr-Begleitung versuchte sich, von verwunderten Journalisten darauf angesprochen, in die verlegene Ausrede zu flüchten, englisch sei doch immerhin die NATO-Sprache. Aber auch diese Erklärung vermochte nichts mehr an den peinlichen Eindruck zu ändern, den diese so vollkommene, wenn auch mit milder sächsischen Akzent vorgetragene Eingliederung Heusingers in das amerikanische Militärsystem hervorrufen musste.

Dieses Unbehagen hat gar nichts mit deutschen "nationalistischen" Gefühlen zu tun, Aber der Bundeswehrgeneral hätte nur einen einzigen Blick auf die verständnislosen Gesichter der deutschen Hafendarbeiter werfen sollen, die immer verschlossener wurden, als Heusinger - vor sich die amerikanische Ehrenwache in blitzender Chrom-Helmen, hinter sich den amerikanischen Transporter mit den amerikanischen Waffen - von dem Frieden und von der Freiheit, die mit diesen Waffen verteidigt werden sollen, nur in englischer Sprache redete. Kein Zweifel, dass diese Arbeiter, für die das Kanvieren mit den Panzern und Sturmgeschützen sowie so alles andere als eine reine Freude war, von dieser Form der Übernahme genauso wenig befriedigt waren wie die übrigen anwesenden Deutschen.

* * *

Verantwortlich: Peter Raunau